

Schweiz

Nicht erst die Tat bestrafen, sondern schon die Vorbereitung

Der Nationalrat will das Anbandeln mit Kindern im Netz unter Strafe stellen. Kritiker halten das für gefährlich.

Claudia Blumer

Irgendwann wäre Prävention keine Glücksache mehr, fantasierte der amerikanische Autor Philip Dick in den 50er-Jahren. In seiner Scienc-Fiction-Geschichte «Minority Report», die später mit Tom Cruise in der Hauptrolle verfilmt wurde, nimmt eine hellseherische Elitetruppe der Kriminalpolizei künftige Verbrecher aus dem Verkehr: jene, die einen Gesetzesverstoß planen.

Um die präventive Verhinderung von schweren Verbrechen geht es auch beim Grooming-Verbot, dem der Nationalrat gestern zugestimmt hat. Der Rat hat eine parlamentarische Initiative seiner Rechtskommission ohne Gegenantrag stillschweigend genehmigt und verlangt damit eine Anpassung oder Ergänzung des Strafgesetzbuches: Das Anbandeln Erwachsener mit Kindern im Internet zwecks sexuellen Austauschs oder späterer Treffen soll strafbar werden.

Heute kann die Polizei nicht einschreiten, wenn sie solche Konversationen mitverfolgt. Sie kann lediglich verdeckt ermitteln und die «Groomer» allenfalls bei einem Treffen auffliegen lassen. Grooming ist laut den Strafverfolgungsbehörden kein Randphänomen: Die Bundes-Koordinationsstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität geht nach Stichproben in Chatforen für unter 16-Jährige davon aus, dass zwei Drittel der Teilnehmer dort erwachsene Männer sind. Marco Cortesi von der Stadtpolizei Zürich sagt: «Ein Mädchen in einem Chatroom wird nach durchschnittlich zwei Minuten von einem erwachsenen Mann angesprochen, wobei es meistens nach einem kurzen Wortwechsel um Sex geht.»

Furcht vor «Gesinnungsstrafen»

Trotzdem hält der Waadtländer SP-Nationalrat Jean-Christophe Schwaab ein Grooming-Verbot für gefährlich: «Unser Strafrecht bestraft Täter, nicht potenzielle Täter. Das ist eines seiner zentralen Prinzipien.» Ein Grooming-Verbot sei ein Schritt hin zum «Gesinnungsstrafrecht», welches teilweise auch in den USA praktiziert werde; beispielsweise indem Männer ohne Kinder in der Nähe von Spielplätzen verhaftet werden können. Die Bewegungsfreiheit würde eingeschränkt, dem allgemeinen Misstrauen würde Vorschub geleistet. Auch der Zürcher SP-Nationalrat Daniel Jositsch lehnt ein Verbot ab: Es könnten Leute bestraft werden, die noch gar nichts gemacht hätten, sagt er.

Nach Ansicht von Viola Amherd (CVP, VS) sind die betreffenden Dialoge bereits Taten und nicht nur Vorbereitungshand-



In Chatrooms für Kinder geben sich erwachsene Männer als Kinder aus. Dieses Grooming soll verboten werden. Foto: Getty Images

lungen. «Draussen in der Realität würden wir so etwas nie tolerieren», sagt sie. Es sei höchste Zeit, Grooming unter Strafe zu stellen. Ein explizites Verbot würde nicht nur den Strafverfolgern die Arbeit erleichtern, sondern auch viele Täter abschrecken, glaubt sie. Denn: «Diejenigen, die im Internet Kontakte mit Minderjährigen knüpfen, kennen diesen gesetzlichen Graubereich haargenau. Sie wissen, wann es für sie gefährlich wird, und stoppen deshalb meistens rechtzeitig, nur wenige überschreiten die Grenze zum Gesetzesbruch.»

Marco Cortesi von der Zürcher Polizei spricht von ähnlichen Erfahrungen. Die Leute zu überführen, sei schwierig.

Die meisten kennten sich sehr gut aus und seien sehr vorsichtig, gerade wenn es um ein Treffen gehe.

Nun geht der Vorstoss in den Ständerat, wo die Opposition erwartungsgemäss grösser ist. Die ständerätliche Kommission für Rechtsfragen hat das Ansinnen im April knapp abgelehnt. Es gäbe allerdings noch einen Mittelweg, der vielleicht auch für Kritiker gangbar ist: eine Anpassung des bestehenden Strafrechts. So könnte die sexuelle Belästigung von Kindern zum Offizialdelikt erklärt werden; oder die schweren Straftaten, deren Vorbereitungshandlungen strafrechtlich verfolgt werden, könnten mit dem Verweis auf sexuelle Handlun-

gen mit Kindern ergänzt werden. Einer solchen Lösung würde er eventuell zustimmen, sagt Jean-Christophe Schwaab. Obwohl er eigentlich der Ansicht sei, dass die eben in Kraft getretenen Gesetzesänderungen der Europaratskonvention zum Schutz der Kinder (Lanzarote-Konvention) zuerst in der Praxis getestet werden müssten, bevor der Gesetzgeber erneut tätig werde.

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer würde beiden Lösungen zustimmen, sagt sie. Sie fordert seit Jahren ein Grooming-Verbot und sei mittlerweile einfach froh, wenn der Gesetzgeber «endlich tätig» werde und den Missstand behebe.

Schwarzfahrer werden zentral registriert

Wer im Zug oder Bus ohne Billett erwisch wird, soll in einem zentralen Register erfasst werden. Dadurch könnten regelmässige Schwarzfahrer schärfer bestraft werden. Nach dem Nationalrat hat sich gestern auch der Ständerat für eine entsprechende Gesetzesänderung ausgesprochen. Die Daten müssten nach zwei Jahren gelöscht werden, wenn die betroffene Person die Zuschläge bezahlt hat und während dieser Zeit nicht mehr ohne gültigen Fahrausweis erwisch wurde. Der Bundesrat hatte ursprünglich den Transportunternehmen nur erlauben wollen, Daten über Schwarzfahrer unter sich auszutauschen.

Nicht einig sind sich die Räte beim Bettelverbot im öffentlichen Verkehr. Heute entscheidet das Bahnunternehmen, ob es Betteln zulässt oder nicht. Der Nationalrat möchte hierzu eine einheitliche Regelung schaffen: Betteln in Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs und auf Bahnhofgebiet soll gebüsst werden können. Das geht dem Ständerat jedoch zu weit. Die Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes gehen deshalb erneut in den Nationalrat. (sda)

Bauern sollen Tiere in der Industriezone mästen

Umweltschützer stören sich an Mästereien, die ihr Futter nicht selbst produzieren. Sie fordern, dass diese künftig nicht mehr im Grünen stehen.

Felix Maisie

Was Schweizer Schweine, Hühner und Kälber fressen, kommt seit Jahren nur noch zu einem kleinen Teil aus der hiesigen Landwirtschaft. Zur Fütterung ihrer hohen Tierbestände bewirtschaften die Schweizer Bauern mittlerweile Ackerflächen im Ausland, die gleich gross sind wie die Ackerfläche der Schweiz. Statt Gras, Heu und einheimische Futtermittel füttern die Landwirte ihren Masttieren tonnenweise Soja aus Brasilien oder anderen lateinamerikanischen Staaten.

Pro Jahr importieren die Bauern mittlerweile mehr als eine Million Tonnen Futtermittel. 2012 kauften sie für über 1,5 Milliarden Franken Futtermittel zu. Und der Trend zur bodenunabhängigen Milch- und Fleischproduktion geht weiter: Laufend bewilligen die Behörden neue Ställe, die ganz oder teilweise ohne

eigene Futterbasis betrieben werden. Oftmals erhalten entsprechende Projekte gar öffentliche Gelder. Die Folge des Trends sind vielfältige Umweltprobleme: Am bekanntesten sind die belüfteten Mittellandseen, Gülletransporte durch die halbe Schweiz und Ammoniakemissionen, die europaweit zu den höchsten zählen und empfindliche Ökosysteme wie Wälder oder Moore irreversibel schädigen.

«Gestörtes Landschaftsbild»

Die Entwicklung widerspreche klar den Umweltzielen der Schweizer Agrarpolitik, sagt Andreas Bosshard, Geschäftsführer der Vision Landwirtschaft. Die Organisation setzt sich seit Jahren für eine umweltschonende, nachhaltige Schweizer Landwirtschaft ein. Das Mästen von Schweinen, Hühnern und Kälbern ohne eine eigene Futterbasis sei eigentlich gar keine bäuerliche, sondern viel eher eine industrielle Produktionsform. Die Masthallen müssten deshalb nicht in der freien Landschaft und auf sogenannten Fruchtfolgeflächen irgendwo im Grünen stehen, sondern in Industriezonen, findet Bosshard.

Am Montag erhielten die Agrarkritiker der Vision Landwirtschaft Unterstüt-

zung von den Landschaftsschützern: Bei einem Augenschein im besonders betroffenen Aargauer Reusstal forderte auch Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, eine Kurskorrektur. Die neuen Stallbauten seien nicht nur agrarpolitisch unsinnig. Die Bewilligungen für Ställe ausserhalb der Bauzonen störten auch das Landschaftsbild.

Jahrelang waren es vor allem Schweinegeställe, die in der Landwirtschaftszone entstanden. Seit der Schweinemark gesättigt ist, steigen inzwischen immer mehr Bauern auf die intensive Milch- und Eierproduktion und vor allem die lukrative, praktisch bodenunabhängige Pouletmast um. Diese Entwicklung gelte es zu stoppen, sagt Andreas Bosshard. Statt falscher finanzieller Anreize brauche es ein Raumplanungsgesetz mit Zähnen. Die Tierproduktion ohne eigene Futtermittelbasis solle zwar nicht verboten, aber auf diejenigen Zonen beschränkt werden, die dafür ausgeschieden worden sind: die Industrie- und Gewerbezone. Das nütze letztlich auch einer wirklich bäuerlichen Landwirtschaft, die heute zunehmend unter der preisdrückenden Konkurrenz importabhängiger Grossproduzenten leide.

Kurz

Krankenkassen Säumige Prämienzahler sollen nicht mehr behandelt werden

Sasis SA, eine Tochtergesellschaft von Santésuisse, hat in einem Brief die 25 000 Ärzte in der Schweiz dazu ermuntert, säumige Prämienzahler nicht mehr zu behandeln. Wer auf einer Liste als säumiger Prämienzahler erfasst ist, habe lediglich Anspruch auf Notfallbehandlungen. Paul Rhyn, Sprecher von Santésuisse, bestätigte eine Meldung des Onlineportals des Westschweizer Radio und Fernsehens RTS. Schwarze Listen führen die Kantone Zug, Solothurn, Luzern, Aargau, St. Gallen, Graubünden sowie das Tessin. (sda)

Sprachenstreit Gewerbeverbanddirektor steht für Frühfranzösisch ein

In der Auseinandersetzung um Französisch oder Englisch als erste Fremdsprache plädiert der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), Hans-Ulrich Bigler, für Frühfranzösisch. Französisch habe bei kleinen und mittleren Betrieben eine hohe Bedeutung, sagte er der «Aargauer Zeitung». (sda)

Einwanderung Mehr Grenzkontrollen in besonderen Lagen

Die Schengen-Länder sollen künftig in besonderen Situationen verdachtsunabhängige Personenkontrollen an den Grenzen durchführen dürfen, und zwar während bis zu zwei Jahren. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diese Neuerung gutgeheissen. Auslöser für die neue Regelung zu den Grenzkontrollen war der Arabische Frühling. Einzelne Staaten hatten damals ihre Binnengrenzen wieder systematisch kontrolliert, was zu Auseinandersetzungen zwischen den Staaten führte. Zusätzlich hiess die grosse Kammer als Erstrat gegen den Willen der Linken die sogenannte «Haft wegen unkooperativen Verhaltens» gut. Diese soll die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft für Dublin-Fälle ergänzen können, die von 18 Monaten auf maximal 13 Wochen verkürzt wird. Die Haft wegen «unkooperativen Verhaltens» soll sechs Wochen bis maximal drei Monate dauern. (sda)

Zürich Erweiterung des Hochschulareals um 40 Prozent

Die von Universitätsspital, Universität und ETH genutzten Flächen im Hochschulgebiet Zürich-Zentrum können um rund 40 Prozent erweitert werden. Dies geht aus einem Masterplan hervor, der gestern vorgestellt wurde. Das Gebiet stösst laut Angaben der zuständigen Institutionen und Behörden mehr und mehr an seine Kapazitätsgrenzen. Als nächster Schritt beginnt am Freitag die zweimonatige öffentliche Auflage und Anhörung für die Teilrevision des kantonalen Richtplans «Gebietsplanung Hochschulgebiet Zürich Zentrum». Parallel dazu startet die Ausarbeitung eines Umweltverträglichkeitsberichts und von inhaltlich abgestimmten kantonalen Gestaltungsplänen. Bis Ende Dezember 2015 soll der Baudirektor die Gestaltungspläne festsetzen. (sda)

Wallis Zermatter Bergspitze soll zur Henry-Dunant-Spitze werden

150 Jahre nach der Entwicklung der Genfer Konvention und der Gründung des IKRK will der Bund eine Bergspitze im Wallis auf den Namen von IKRK-Gründer Henry Dunant taufen. Die Initiative geht auf Bundespräsident Didier Burkhalter zurück. Bereits zugestimmt hat der Gemeinderat von Zermatt. Burkhalter habe die Gemeinde angefragt, ob man als Geschenk zum Jubiläum einen Gipfel im Monte-Rosa-Gebiet in Henry-Dunant-Spitze umbenennen könnte, erklärte der Zermatter Gemeindepräsident Christoph Bürgin gestern auf Anfrage zu einer Meldung des «Walliser Boten». Nach dem Einverständnis der Gemeinde muss noch der Kanton Wallis zustimmen. Damit würde die zweithöchste Spitze des Monte-Rosa-Massivs, die Ostspitze, nach dem Gründer des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz benannt. Die Ostspitze befindet sich gleich neben der Dufour-Spitze, dem höchsten Punkt der Schweiz. Diese trägt den Namen von Guillaume-Henri Dufour, der als erster IKRK-Präsident amtierte. (sda)